Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1880 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 253. **Freitag, 29. Oktober 1926, abends.** **79. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Zur Landtagswahl!

Worum es geht!

Von Oberregierungsrat Dr. G. M.

Der deutsche Bürger als staatserhaltendes Element war vor dem Umsturz nicht gewohnt, im politischen Leben eine besondere Aktivität zu entwickeln. Er genügte gern seiner Wehrpflicht, zahlte seine Steuern, ging in weiten Zwischenräumen einmal zur Wahlurne und gab dann und wann vaterländischen Kundgebungen freudig durch seine Teilnahme Schwung und Nachdruck. Jetzt nach dem Umsturz ist das aber anders geworden. Die Entwickelung muß ihn als mitbestimmendes und gestaltendes Element auf den Plan rufen, wenn anders es nicht dazu kommen soll, daß sich das staatliche Leben in den von den Revolutionären von einst gewollten Bahnen fortentwickelt. Diese durch die Zeit gebotene Umstellung, die Umwandlung der bürgerlichen Passivität in eine bürgerliche Aktivität hat sich aber bislang noch sehr wenig und ganz selten gezeigt. Nur selten in der nachrevolutionären Zeit gestattete der Bürger einem alles fortreißenden Impulse, ihn aus der Tiefe pessimistischer Niedergeschlagenheit emporzuheben und zu tatkräftigem Mithandeln zu bewegen. Zuletzt geschah das zur Hindenburgwahl. Seitdem sind die breiten Schichten wieder in den leider gewohnten Zustand einer alles hinnehmenden Teilnahmslosigkeit zurückgesunken. Der Gedanke, daß das hohe Amt ihres Erwählten nun ihre tätige Mitarbeit erst recht erfordern würde, dämmerte nur den wenigsten. Was hätte werden können, wenn die Riesenfront der Hindenburgwähler den Erfolg des Augenblicks richtig genutzt und sich zu einer festgefügten Schicksalsverbundenheit zusammengefunden hätte. Diese verantwortungslose Sorglosigkeit aber glaubte man sich noch dazu gegenüber den in langjähriger Opposition geschulten mustergültig parteitaktisch organisierten Truppen des Marxismus und der ihm geistesverwandten Mitläufer aus dem Bürgertum leisten zu können!

Und noch ein anderes allbekanntes unseliges Grundübel des deutschen Charakters lähmt und zerstört, wo sich ein leiser Anflug zur Gesundung schüchtern zeigt: die deutsche Uneinigkeit und Zerrissenheit. Als schicksalsbeschwerdendes Erbübel ist sie längst viel geschmäht und gebrandmarkt, aber je sinnfälliger sich diese unselige Erscheinung offenbart, um so weniger geschieht, sie zu bannen. Ueberall Nörgelsucht und Eigenbrötelei, Führereifersucht und Quertreiberei. Ueppig schießen neue Gruppen und Grüppchen irgend einer Wirtschaftsrichtung oder Geistesverbundenheit aus dem Boden des Mißbehagens und der Verdrossenheit empor. Jeder vernünftige Mensch muß sich doch sagen, daß 8 Parteien mit mathematischer Zwangsläufigkeit weniger Kandidaten durchbringen können als nur 4 Parteien, wenn für die 8 wie für die 4 Parteien die gleiche Anzahl der Stimmen abgegeben wird. Will man in Sachsen daher eine bürgerliche Mehrheit erzielen oder auch nur den bisherigen Besitzstand aufrechterhalten, so kann man das nur, wenn man das Hinzutreten von Splitterparteien vermeidet. Jede neue Splitterpartei vermehrt ja die Zahl der bürgerlichen Stimmen um viele Tausende, die bei der geltenden Berechnungsweise bei der Mandatsverteilung ungewertet bleiben. So kann es durch die Parteizersplitterung dazu kommen, daß, selbst wenn 40- bis 50 000 bürgerliche Stimmen mehr als marxistische abgegeben sind, keine bürgerliche Mehrheit, sondern sogar eine Minderheit aus der Wahl hervorgeht.

Weite Kreise werden sich durch dieses widerliche Schauspiel wilder Parteizerrissenheit abgestoßen fühlen und sich sagen, angesichts dieser alle Regeln politischen Denkens mißachtenden Parteiverrauntheit bleibe man zu Hause und lasse die Dinge so gehen, wie es einmal nicht mehr zu ändern ist. Aber gerade der Nichtwähler aus Verdrossenheit — ebenso verwerflich wie natürlich der Nichtwähler aus Interesselosigkeit — bekundet damit einen womöglich noch größeren Tiefstand politischer Einsicht. Je mehr es gerade infolge der Zersplitterung auf jede einzelne bürgerliche Stimme ankommt, um so notwendiger ist der Gang zur Wahlurne. Jedes grollende Abseitsstehen kann nur helfen, das Wahlergebnis noch zu verschlimmern. Andere wieder mögen sagen: Bei uns in Sachsen ist es letzthin ganz ordentlich und ausgeglichen gegangen, es mag daher ruhig so bleiben, was braucht man hierzu meine Stimme! Die Neuwahl aber ist eine Folge des Zeitablaufs des bisherigen Landtages. Und neigt sie sich auf die eine Seite, so verschieben sich auch die anderen Parteien um ein Gewisses in der Richtung des Ausschlages, auch in ihrer inneren Tendenz. Die Gefahr, daß wir wieder Zustände wie in dem Sowjetsachsen der Zeignerzeit bekommen, ist daher trotz der Absplitterung der Altsozialisten tatsächlich gegeben, denn, geht die Verschiebung wirklich radikal nach links, dann werden sich diese schon aus agitatorischen Gründen dem Wiederaufbau einer rein proletisch gerichteten Klassenregierung nicht versagen können. Und wohin die Fahrt dann geht, dürfte dem, der die Zeichen der letzten Zeit auch nur halbwegs zu lesen verstanden hat, nicht unklar sein.

Schließlich sagen wieder andere, die große Politik und die Gesetze werden in Berlin gemacht, die Belange des Landes Sachsen sind demgegenüber so nebensächlich, daß sie nicht den Gang zur Wahlurne lohnen. Einmal sind die Belange unseres engeren Vaterlandes gerade weitreichend genug, um zu rechtfertigen, daß sich jeder um sie kümmert. Die Festsetzung der Höhe einer Anzahl Steuern, die dem einzelnen recht fühlbar werden kann, und die Kindererziehung beispielsweise bilden allein schon nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Aufgabenkreis, der der sächsischen Selbstbestimmung vorbehalten ist. Ferner aber wird man auch gerade in Berlin den Ausfall der sächsischen Wahlen als Stimmungsbarometer für das ganze Reich auswerten, ob mit oder ohne Berechtigung, kann dahingestellt bleiben. Kommt es bei den Wahlen zu einem Rückschlag für die Bürgerlichen, dann werden, weil sie Morgenluft wittern, die nichtvaterländischen Parteien im Reichstag über Nacht mit neuen längst ausgeklügelten Wünschen und Anwürfen vor die Oeffentlichkeit treten. Krisenhafte Verstrickungen und Erschütterungen bis zum Aeußersten können die Folge sein, haben wir es doch schon mehrfach erlebt, daß aus den belanglosesten Lappalien Haupt- und Staatsaktionen konstruiert wurden, die sogar an das Gefüge des Reichs griffen. Und gegen wen sich der nächste Ansturm richten würde, ist dem klar, der weiß, wem die marxistischen Parteien am wenigsten hold gesinnt sind im Reiche ebenso wie in Sachsen, wo schon einmal durch militärisches Eingreifen Ordnung geschaffen werden mußte.

Dieses alles, Unruhe, Krisen, und als natürliche Folge wirtschaftliche Nöte und Erschütterungen hilft der abwenden, der am kommenden Sonntage in Sachsen seine Stimme abgibt, und zwar abgibt für eine der größeren bürgerlichen Parteien. Es geht nicht nur um das Wohl des Sachsenlandes, wenn das auch in erster Linie in Frage kommt, sondern auch um das Wohl des Reiches und des deutschen Volkes.

Dr. Stresemann zur Politik von Thoiry

und zu den Sachsenwahlen.

tsd. Dresden, 28. Oktober. Reichsaußenminister Dr. Stresemann, der infolge Krankheit verhindert wurde, in einer Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei in Dresden zu sprechen, richtete ein Schreiben an den Staatsminister Dr. Kaiser und seine Parteifreunde, in dem er seinem Bedauern über sein Nichterscheinen Ausdruck gibt.

Nachdem sich der Reichsaußenminister eingehend mit den Verhältnissen in Sachsen während der letzten Jahre und mit den neu auftretenden sächsischen Parteien beschäftigt hat, sagt er in bezug auf die Außenpolitik u. a.:

„Es schmerzt mich umsomehr, in Dresden nicht sprechen zu können, als ich dadurch auch der Möglichkeit verlustig gehe, all dem Unsinn entgegenzutreten, der jetzt über unsere Außenpolitik gesagt wird. Was soll denn das heißen, wenn von einem deutschnationalen Abgeordneten davon gesprochen wird, daß der „Glaube an eine internationale Interessensolidarität der Völker und der Wirtschaft eine Auffassung sei, die womöglich noch verhängnisvoller sei als der marxistische Irrtum einer internationalen Interessensolidarität der Arbeiterschaft". Ist denjenigen, die etwas derartiges sagen, nicht bekannt, daß das internationale Eisenkartell der deutschen Großindustrie mit Frankreich, Belgien und Luxemburg seine Entstehung einem deutschnationalen führenden Mann der Wirtschaft wie Fritz Thyssen mit verdankt? Weiß man nicht, daß das internationale Kaliabkommen von Persönlichkeiten abgeschlossen worden ist, die nur rechtsstehenden Kreisen angehören? Schließlich kommt es darauf an, daß all diese Wege internationaler Zusammenarbeit dem nationalen Aufbau dienen sollen. Das ist das Entscheidende. So wenig wie die sächsische Industrie, weil sie verarbeitende Industrie ist und dem Weltmarkte zustrebt, deshalb weniger national ist wie irgend eine Rohstoffindustrie, für die nur der heimische Markt in Betracht kommt, so wenig hört eine mit dem Auslande eng verbundene Industrie auf, deutsche Industrie zu sein. So ist es schließlich auch mit der deutschen Außenpolitik. Ihr Weg kann nur der nationale Wiederaufbau Deutschlands sein. Die Methode, um hierzu zu kommen, ist diejenige internationaler Verständigung. Wir brauchen den Frieden, weil wir nur in einer Periode friedlicher Entwicklung wieder hochkommen können, jeder einzelne und das Volk und Land im ganzen. Ich sehe mit Genugtuung, daß Persönlichkeiten, die früher der Methode der deutschen Außenpolitik ablehnend gegenüberstanden, doch mehr und mehr dieser Erkenntnis Ausdruck geben. Ich wünsche mir als deutscher Außenminister nur das eine, daß wir die deutsche Außenpolitik überhaupt aus der Parteipolitik herausziehen und sie dadurch stützen, daß das ganze Volk unberechtigten Forderungen entgegen tritt, aber auch berechtigten Verständigungen zum Siege verhilft, indem es die Freiheit höher stellt, als materielle Opfer, die dafür gebracht werden müssen.

Wenn in einer Versammlung in Dresden davon gesprochen worden ist, daß diese „sich an das Außenkapital anschmiegende, händlerisch eingestellte Erkaufspolitik", auf das Rheinland und Eupen-Malmedy angewendet, „dem Gefühle nationaler Ehre widerspreche", so möchte ich dem, der dieses Wort ausgesprochen hat, entgegenhalten, daß ich das Volk für ehrlos halten würde, das nicht, wenn eine solche Möglichkeit sich böte, Opfer zu bringen verstände, um Menschen, die zum deutschen Volke und zum deutschen Reiche gehörten, die Möglichkeit der Heimkehr ins alte Vaterland wiederzugeben. Ich lese in den letzten Tagen im übrigen, daß die Politik von Thoiry vollkommen zusammengebrochen wäre und daß alles sich in Nebel auflöste, was in jenem kleinen Juradorf zwischen dem französischen Außenminister und mir besprochen worden sei. Ich habe nach meiner Rückkehr von Genf davor gewarnt, das Inkrafttreten umfassender Gedanken von einer zu schnellen Zeitspanne zu erwarten und habe diese Warnung in Köln wiederholt. Ebenso aber verwahre ich mich gegen das Gerede, das jetzt, weil solche Dinge nicht in 6 Wochen reifen, sie als unausführbar und undurchführbar glaubt hinstellen zu können. Diese Auffassung widerspricht all den Nachrichten, die ich selbst habe und die auf eine gewisse Authentizität Anspruch haben können.

So wie bei Ihnen in Sachsen die Verhältnisse konsolidiert worden sind, so glaube ich, daß sie auch in der deutschen Außenpolitik sich immer weiter werden konsolidieren lassen. Auch hier aber: Diese Konsolidierung und die sich darauf ergebende Wiederherstellung unserer Souveränität im Innern, der Aufbau unserer Wirksamkeit nach außen können nur möglich sein durch zähe, zielbewußte, klare Arbeit, die die Unpopularität des Tages nicht scheut, weil sie sich verläßt auf das Urteil der Geschichte."

Dr. Heinze zu den Sachsenwahlen.

tsd. Dresden. In einem Aufsatze in einem Berliner Blatte schreibt Minister a. D. Dr. Heinze, der volksparteiliche Reichsvertreter Dresdens, u. a.:

„Das Bürgertum hat sich in beängstigender Weise gespalten. Während es bisher drei bürgerliche Parteien im Landtag gab, die Deutschnationale, die Deutsche Volkspartei und die Demokratische, tritt das Bürgertum im gegenwärtigen Wahlkampfe mit nicht weniger als neun Listen auf den Plan. Zu den drei gegebenen kommen noch zwei der äußersten Rechten, eine der Wirtschaftspartei, eine des Zentrums, eine der Aufwertungsinteressenten und eine der Hausbesitzer. Wenn auch auf der marxistischen Linken keine Einigkeit herrscht und die drei Parteien der Rechtssozialisten, Linkssozialisten und Kommunisten sich grimmig befehden, so kann man doch die Zersplitterung des Bürgertums nur mit schwersten Sorgen ansehen. Sie verwirrt das Bürgertum, trägt zur Wahlenthaltung bei und wird ergeben, daß viele Tausende bürgerlicher Stimmen sich nicht auswirken; da alle Reststimmen der einzelnen Listen verloren gehen. Das kann dem Bürgertum mehrere Sitze und damit die so nötige Mehrheit kosten. Es kann aber weiter sogar dahin führen, daß das Pendel völlig nach links ausschlägt und eine abermalige radikalsozialistische Herrschaft alles zerstört, was in den letzten drei Jahren mühsam errungen worden ist. Das Bürgertum würde sich dann sein eigenes Grab gegraben haben."

Hergt über die Stellung der Deutschnationalen.

* Liegnitz. Auf einer von der Deutschnationalen Volkspartei veranstalteten nationalen Kundgebung am Donnerstag abend hielt Ex. Hergt die Festrede, in der er u. a. ausführte, **die Deutschnationale Volkspartei treibe praktische Politik und dränge sich dazu, praktisch mitarbeiten zu können.** Es sei die Tragik des deutschen Volkes, daß acht Jahre nach der schweren Zeit alle, die hinter der Partei ständen, an der deutschen Politik nicht mithelfen könnten. Die Entwicklung der letzten Monate gäbe, so eigenartig es auch scheinen möge, die Hoffnung, daß es zu einem Verstehen komme. Locarno habe trennen müssen, aber Thoiry, das nicht allein für sich betrachtet werden könne, biete Möglichkeiten eines gemeinsamen von deutschnationalem Sinne durchdrungenen Zusammengehens. Die Zweifel, ob es auf die Dauer in der Weltwirtschaft vorwärts gehen könne, wenn Deutschland durch den Dawesplajt am Boden liege, mehrten sich immer mehr. Es gelte jetzt weiter zu arbeiten in der Richtung auf Beseitigung des Dawesgutachtens, der Reparationslasten und auf die Revision des Friedens von Versailles. Weiter wies Hergt darauf hin, daß Thoiry nur auf den Westen zugeschnitten sei, aber ohne die Ostlösung könne Deutschland nicht wieder vorankommen.

Die Vorbereitung des Reichsschulgesetzes.

Nur ein Rahmengesetz in Aussicht genommen.

* Berlin, 28. Oktober. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, wird das Reichsschulgesetz noch in der ersten Novemberhälfte vor den Reichsrat gelangen und wahrscheinlich schon in allernächster Zeit dem Kabinett vorliegen. Es kommt bei der ganzen Angelegenheit nur eine sogenannte Grundsatzgesetzgebung in Frage. **Die Länder sollen innerhalb dieses Rahmengesetzes ihre Schulfragen nach ihren Bedürfnissen regeln können.** Hervorzuheben sei, daß die drei Schularten, simultan, konfessionell und weltlich, nebeneinander als gleichberechtigt stehen. Ueber diese Frage würden sich Anschauungskämpfe kaum vermeiden lassen, da der § 146 der Reichsverfassung die Simultanschule als normale Schule ansehe, anderen Schulen aber nur den Charakter einer Sonderschule zuerkenne.

Nicht übernommen ist die Bestimmung des unter dem deutschnationalen Innenminister Schiele ausgearbeiteten Entwurfs, die vorschrieb, daß in der konfessionellen Schule der gesamte Unterricht im Geiste des Bekenntnisses gestaltet werden soll. Bayern habe sich durch das Konkordat in diesem Sinne gebunden. Wie es sich mit dem neuen Schulgesetz abfinden wird, ist noch abzuwarten. Die vielumstrittene Frage, was ein „geordneter Schulbetrieb" sei, habe ihre Lösung so gefunden, daß Sonderschulen nur errichtet werden dürfen, insoweit ein geordneter Betrieb gewährleistet bleibt. Die Entscheidung, was ein geordneter Schulbetrieb ist, soll nach Lage der örtlichen Schulverhältnisse getroffen werden.

SLUB
Wir führen Wissen.